

# Kernpunkte 6

Juni 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergie Diskussion: Tatsachen und Argumente

## **Leibstadt: mehr Strom dank Leistungssteigerung**

Die Kernkraftwerk Leibstadt AG hat am 19. Juni 2013 über das vergangene Betriebsjahr informiert. Dieses war geprägt von Grossprojekten im Kernkraftwerk, wie dem Ersatz der Kühlturmeinbauten und des 400 Tonnen schweren Generators. Bei der umfangreichsten Revision in der Geschichte des Kraftwerks wirkten über 2000 externe Mitarbeitende mit. Dank zahlreicher technischer Massnahmen zur Steigerung der Anlageneffizienz konnte die Brutto-Nennleistung des Werks auf 1275 Megawatt erhöht werden. Mit der Steigerung um rund 30 Megawatt produziert das Kernkraftwerk Leibstadt Strom für über 45'000 zusätzliche Haushalte.

## **Kanton Zürich: kein Rückzug der Axpo-Neubaugesuche**

Drei Zürcher Kantonsräte (GLP, BDP und CVP) hatten nach dem Reaktorunfall von Fukushima-Daiichi ein Postulat eingereicht, das den Rückzug des Axpo-Rahmenbewilligungsgesuchs für zwei neue Kernkraftwerke verlangt. Sowohl der Regierungsrat als auch die kantonsrätliche Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) empfahlen dem Zürcher Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Am 3. Juni 2013 folgte der Kantonsrat dieser Empfehlung und beschloss mit 93 Ja- zu 71 Neinstimmen, das Postulat abzuschreiben. Damit ist das Geschäft erledigt.

## **Uvek muss auf Mühleberg-Gesuch inhaltlich eingehen**

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) muss ein Gesuch um Entzug der Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg inhaltlich prüfen. Das Gesuch hatten Anwohner

des Kernkraftwerks Mühleberg kurz nach dem Reaktorunfall von Fukushima-Daiichi im März 2011 eingereicht. Das Uvek ging in der Folge nicht darauf ein. Gegen diesen Entscheid erhoben die Anwohner Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht und erhielten Ende Juli 2012 Recht. Das Uvek zog diesen Entscheid ans Bundesgericht weiter. Dieses entschied am 14. Mai 2013 endgültig, aus verfahrenstechnischen Überlegungen nicht auf die Uvek-Beschwerde einzutreten. Demnach muss das Uvek jetzt eine materielle Prüfung des Gesuchs vornehmen und dabei auch die seitherigen Entwicklungen berücksichtigen.

## **China: neuer Kernkraftwerksblock in Betrieb**

Am 6. Juni 2013 hat Hongyanhe-1 – die 17. Kernkraftwerkseinheit Chinas – den kommerziellen Betrieb aufgenommen. Der Standort Hongyanhe befindet sich rund 400 km östlich von Beijing in der chinesischen Provinz Liaoning. Dort sind drei weitere Einheiten im Bau, die bis 2015 in Betrieb gehen sollen, und zwei sind in der Planungsphase.

## **Britisches Unterhaus stimmt neuem Energiegesetz zu**

Das britische Unterhaus hat am 5. Juni 2013 in dritter Lesung den Entwurf des neuen Energiegesetzes mit 396 zu 8 Stimmen genehmigt. Das Gesetz soll die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Privatwirtschaft zu Investitionen in kohlenstoffarme Kraftwerke anzuregen – auch in Kernkraftwerke. Künftigen Betreibern soll es langfristige Planungssicherheit gewährleisten. Für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken ist ein Mindestpreis vorgesehen. Der Entwurf geht nun ans Oberhaus. Wenn das Gesetz noch in diesem Jahr genehmigt wird, kann es

Redaktion:  
M.-F. Aepli, B. Bechtold,  
M. Brugger, M. Rey,  
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz  
Postfach 1021  
3000 Bern 14  
Telefon 031 560 36 50  
Telefax 031 560 36 59  
info@nuklearforum.ch  
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich  
ISSN 1421-0347

© 2013 by Nuklearforum Schweiz

2014 in Kraft treten. Einen Zusatzartikel zum Energiegesetz, der eine Zielvorgabe für die Dekarbonisierung der Stromproduktion Grossbritanniens bis 2030 festgelegt hätte, lehnte das Unterhaus indes knapp ab.

### **IEA lobt Finnland für Kernenergieprogramm**

Finnland ist auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Energiesystem – nicht zuletzt dank den Ausbauplänen im Kernenergiesektor. Zu diesem Schluss kommt die Internationale Energie-Agentur (IEA) der OECD im Bericht «Energy Policies of IEA Countries: Finland 2013 Review». Die finnische Regierung setzt in ihrer Langfriststrategie auf erneuerbare Energien und Kernenergie. Finnland betreibt gegenwärtig vier Reaktoren, je zwei am Standort Olkiluoto und Loviisa. Ein dritter Reaktor ist in Olkiluoto im Bau. Das finnische Parlament hatte im Juli 2010 zudem im Grundsatz den Bau von zwei weiteren Reaktoren bewilligt. Sollten alle geplanten Reaktoren in Finnland errichtet werden, so könnte sich der Atomstromanteil von 28% im Jahr 2010 auf über 30% 2020 erhöhen und bis 2025 sogar rund 60% erreichen, rechnet die IEA in ihrer Länderbewertung vor. Finnland hat wegen der langen Heizperiode und der energieintensiven Industrie den höchsten Pro-Kopf-Stromverbrauch der IEA-Mitgliedstaaten und ist heute in grossem Mass von importierten fossilen Brennstoffen abhängig. Die IEA sieht den Erfolg des finnischen Kernenergieprogrammes unter anderem im grossen Vertrauen, das die Bevölkerung der Regierung entgegenbringt.

### **Vattenfall: Langfristplanung am Standort Ringhals**

Das schwedische Energieversorgungsunternehmen Vattenfall betreibt sieben der insgesamt zehn Kernkraftwerkseinheiten Schwedens – vier davon am Standort Ringhals. Die Einheiten nahmen den Betrieb zwischen 1974 und 1982 auf. Die Vattenfall geht davon aus, dass sie dank umfangreicher Nachrüstarbeiten Ringhals-1 und -2 während 50 Jahren und Ringhals-3 und -4 während 60 Jahren betreiben kann. Dennoch denkt sie jetzt schon über Ersatzbauten nach. Sie hat daher der schwedischen Aufsichtsbehörde ein Gesuch unterbreitet, um die Voraussetzun-

gen einer solchen Investition abklären zu können. Zudem hat sie Gespräche mit Eigentümern und Mietern von am Kernkraftwerk Ringhals angrenzenden Grundstücken auf der Halbinsel Värö rund 60 km südlich von Göteborg begonnen. Sie geht davon aus, dass ein allfälliger Ersatzbau mehr Fläche benötigt, als derzeit vorhanden ist. In Schweden dürfen laut Gesetz höchstens zehn neue Kernkraftwerkseinheiten als Ersatz für bestehende gebaut werden. Sie müssen an bestehenden Standorten errichtet werden.

### **EU: Vorschläge für überarbeitete Richtlinie zur nuklearen Sicherheit**

Die Europäische Kommission stellte am 13. Juni 2013 einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über nukleare Sicherheit aus dem Jahr 2009 vor. Die Kommission erklärte, sie lege damit EU-weite Sicherheitsnormen vor, die zu einer erheblichen Verringerung der Risiken führen und den Schutz der Menschen und der Umwelt gewährleisten sollen. Dazu zählen ambitionierte Sicherheitsziele sowie die Einführung eines wechselseitigen Überprüfungsprozesses der Mitgliedsstaaten. Durch die Einführung eines Systems regelmässiger Überprüfungen, die Erhöhung der Transparenz im Bereich der nuklearen Sicherheit und die Stärkung der Befugnisse der nationalen Regulierungsbehörden werde eine kontinuierliche Verbesserung der nuklearen Sicherheit in der EU angestrebt. Der Europäische Rat könnte die Richtlinie im Verlauf von 2014 – nach der nicht verbindlichen Stellungnahme des Europäischen Parlaments – verabschieden. Die Mitgliedsstaaten müssten sie danach innerhalb von 18 Monaten in einzelstaatliches Recht umsetzen. Die europäische Branchenvereinigung Foratom äusserte Vorbehalte zur hohen bürokratischen Regelungsdichte, welche die Autorität der nationalen Aufsichtsbehörden untergrabe.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch) bestellen.